



Zukunftsfähige Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung von Nachhaltigkeit

EIN BEITRAG ZUR DISKUSSION



IMPRESSUM

VERFASSER

Dirk Hillerkus

UNTER MITARBEIT VON

Dr. Gudrun Kordecki

Katja Breyer

Dr. Peter Markus (bis Februar 2017)

Volker Rotthauwe

Manfred Berger

Leicht überarbeitete Fassung Mai 2019

BILDNACHWEISE

Titelfoto: ©Volker Jeck, Ort: Kirchengemeinde Unna-Lünern;

S. 12 u. 19: Dirk Hillerkus; alle anderen: pixabay

GESTALTUNG

Linda Opgen-Rhein, Witten

BEZUG

Institut für Kirche und Gesellschaft (IKG) der EKvW

Auf dem Tummelplatz 8 • 58239 Schwerte

T. 02304.755-331

DOWNLOAD

<http://www.kircheundgesellschaft.de/fileadmin/Dateien/>

Fachbereich_III/Dokumente/S-Zukunftsfaehige__

Landwirtschaft__20180119.pdf

DRUCK • AUFLAGE • JAHR

dieUmweltDruckerei GmbH, Hannover, 100% Recyclingpapier,
Bio-Farben, klimaneutral; 300 Stück; 2019

Zukunftsfähige Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung von Nachhaltigkeit

EIN BEITRAG ZUR DISKUSSION

INHALT

Vorwort	5
1. Analyse der Situation der Landwirtschaft	6
1.1 Landwirtschaftliche Entwicklungen	6
1.2 Lebensmittelherstellung und Lebensmittelhandel	7
1.3 Die Agrarpolitik der Europäischen Union	7
1.4 Die Tierhaltung	10
1.5 Die Auswirkungen der Intensivlandwirtschaft	11
1.6 Internationale Landwirtschaft und Ernährungssouveränität	12
1.7 Schlussfolgerungen	15
2. Anforderungen an eine nachhaltige Landwirtschaft	16
2.1 Leitgedanken	16
2.2 Konsequenzen für das politische Handeln	17
2.2.1 Die Agrarpolitik zukunftsfähig ausrichten	17
2.2.2 Multifunktionalität der Landwirtschaft honorieren	18
2.2.3 Ressourcenschutz verbessern	19
2.2.4 Bäuerliche Landwirtschaft weltweit stärken	19
3. Empfehlungen	20
Literaturverzeichnis	22

VORWORT

Die Evangelische Kirche von Westfalen (EKvW) engagiert sich seit Jahren in Arbeitsfeldern wie Nachhaltigkeit, Klimaschutz, ländliche Entwicklung, Kirche im ländlichen Raum und Agrarpolitik.

Hierin wird die Dankbarkeit für die Gaben der Schöpfung, unsere Freude an ihr, aber auch unsere Sorge um ihren Erhalt konkret. In ihren verschiedenen Projekten und Veranstaltungen kooperiert die EKvW mit kirchlichen und nichtkirchlichen Akteuren, z. B. Gremien der EKD, landwirtschaftlichen Verbänden in NRW, Partnerkirchen, Brot für die Welt.

Der EKvW ist die schwierige Situation, in der sich die Landwirtschaft, vor allem die kleinstmittelständischen bäuerlichen Betriebe, regional, europaweit und global befinden, sehr bewusst.

Vor diesem Hintergrund stellen die Autoren und Autorinnen aus verschiedenen Arbeitsfeldern der EKvW ihre Überlegungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft vor, um abschließend konkrete Handlungsoptionen unter besonderer Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte zu skizzieren.

Das Papier ist erfreulich rege von und mit Landwirten und Umweltverbänden diskutiert worden, so dass wir für die zweite Auflage einige Ergänzungen haben aufnehmen können.

Die Evangelische Kirche von Westfalen möchte die gesellschaftlich dringend notwendige Diskussion um eine zukunftsfähige Landwirtschaft auch weiterhin befördern und freut sich über Rückmeldungen.

Landeskirchenrat
Dr. Jan-Dirk Döhling

1.

ANALYSE DER SITUATION DER LANDWIRTSCHAFT**1.1 Landwirtschaftliche Entwicklungen**

Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland führte zu einer starken Abwanderung von Menschen aus der Landwirtschaft, weil der Produktionsfaktor Arbeit verstärkt durch Kapital ersetzt wurde. Hochleistungs-saatgut, Handelsdünger, Pestizide und Agrartechnologie traten an die Stelle menschlicher Arbeitskraft. Der damit verbundene verstärkte Einsatz fossiler Ressourcen stellt ein weiteres Charakteristikum für den Übergang von einem nahezu geschlossenen landwirtschaftlichen Betriebskreislaufsystem zu einem weitgehend offenen System dar. Durch den erhöhten Einsatz von externen Betriebsmitteln wurde die Abhängigkeit gegenüber der Industrie verstärkt¹.

Die Landwirtschaft ist, wie andere Wirtschaftszweige, auf Wachstum ausgerichtet: angestrebt wird eine Maximierung der Erträge im Pflanzenbau und Höchstleistungen in der Tierhaltung. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe sank von 1.646.750 im Jahre 1949 (Westdeutschland) auf 288.200 im Jahre 2012 in Gesamtdeutschland.² Das wird gemeinhin als Strukturwandel bezeichnet. Zur Einkommenssicherung werden Betriebe größer, wirtschaften intensiver und sind spezialisierter.

Intensiver Pflanzenbau mit engen Fruchtfolgen, teilweise Monokulturen (Mais), und intensive Formen der Tierhaltung, verbunden mit Futtermittelimporten, verursachen eine Reihe negativer ökologischer Konsequenzen in der Region, aber auch weltweit.



¹ Hofreiter, Markus. F. & Franz Sinabell (1994): Zielsetzungen für eine nachhaltige Landwirtschaft, Umweltbundesamt, Wien

² i.m.a. Information.medien.agrar.e.V., Informationen zur deutschen Landwirtschaft, Zahlen Daten Fakten, 2015; http://information-medien-agrar.de/webshop/mediafiles/PDF/104-117_info-landwirtschaft.pdf (09.01.2018)

Diese Nebeneffekte werden jedoch bei der Abwägung mit betriebswirtschaftlichen Zielen häufig nachrangig beurteilt, weil die verursachten Kosten der Schäden externalisiert sind. Zu nennen ist hier der Artenverlust und die Belastung des Boden, Wasser und Lufthaushalts.

Zudem trägt die Landwirtschaft mit ca. 16–32 % der globalen Treibhausgas-Emissionen zum Klimawandel bei.³ Auf der anderen Seite ist die Landwirtschaft, besonders in den Ländern des Südens, am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, z. B. durch Ernteverluste bei Dürren und Überflutungen.

Die Landwirtschaft trägt mit ca. 16–32 % der globalen Treibhausgas-Emissionen zum Klimawandel bei.



1.2 Lebensmittelherstellung und Lebensmittelhandel

Die Lebensmittelherstellung wie auch der -handel haben sich im Laufe der Jahre auf wenige international agierende Konzerne konzentriert. Dies verschlechterte die Stellung der Landwirte am Markt: Die Preise sanken. Der intensive Wettbewerb der Hersteller und Händler führte zu einem sehr niedrigen Preisniveau für Lebensmittel (in Deutschland wurden in 2014 nur 11,2 % des Einkommens für Lebensmittel ausgegeben) und einem entsprechenden Druck auf die Margen der Lebensmittelindustrie.⁴

1.3 Die Agrarpolitik der Europäischen Union

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) orientiert sich weiterhin an den Zielen der Römischen Verträge von 1957: Versorgungssicherheit, niedrige Nahrungsmittelpreise, die Steigerung der Produktivität durch technischen Fortschritt, sowie Teilhabe der in der Landwirtschaft Tätigen an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Daraus entsteht ein Zwang zum „Wachsen oder Weichen“, der dem allgemeinen Wirtschaftssystem entspricht. Die moderne

³ www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/klima-und-energie.html (23.09.2016)

⁴ i.m.a. Information.medien.agrar.e.v., Informationen zur deutschen Landwirtschaft, Zahlen Daten Fakten, 2015; http://information-medien-agrar.de/webshop/mediafiles/PDF/104-117_info-landwirtschaft.pdf (09.01.2018)

Ziel der EU-Agrarpolitik ist nach wie vor die Ausdehnung und Liberalisierung des internationalen Handels.

„wissensbasierte Bioökonomie“ der Industriestaaten erfordert eine fortgesetzte „Strukturanpassung“. Über ein Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland und ein Fünftel in der EU haben von 2003 bis 2010 aufgegeben.

Ziel der EU-Agrarpolitik ist nach wie vor die Ausdehnung und Liberalisierung des internationalen Handels. Freie Märkte und die weltweite Konkurrenz, so die Theorie, senken global die Kosten der Produktion und steigern dadurch den Wohlstand. Dieses Modell der stetigen Ertragssteigerung wird zum einen mit der Verantwortung für eine weltweite Ernährungssicherung begründet und zum anderen damit, dass auf diese Weise steigende Kosten aufgefangen werden können. Dabei handelt es sich zum Beispiel um den relativen Betriebsaufwand für Maschinen, Agrarchemie, Energie, Saatgut und anderer Inputs. Dieser wuchs im Zuge der Intensivierung der Landwirtschaft stark an. Saatgut, Jungtiere (z. B. Küken), Futtermittel, Dünger, die früher auf den Bauernhöfen selbst produziert wurden, sind heute ausgelagert und separate Sektoren der industrialisierten und globalisierten Wertschöpfungsketten.

Folgende Beispiele belegen das eindrücklich: Der Marktanteil der vier weltweit größten Geflügelkonzerne beträgt 99 %.⁵ Vier Getreide- und Saatguthändler kontrollieren etwa 75 % des weltweiten Getreide und Ölsaatenhandels.⁶ Bereits durchgeführte Megafusionen wie die von Syngenta/ChemChina und weitere geplante Fusionen von Dow/DuPont und Bayer/Monsanto führen zur weiteren Konzentration der Märkte in der Saatgut und Pflanzenschutzmittelherstellung.⁷

Der Erzeugeranteil an den Verbraucherpreisen sinkt. Im Zeitraum 1950–55 erhielten die Landwirt*innen noch umgerechnet 62,6 Cent von jedem Euro, den die Deutschen für Lebensmittel ausgegeben haben.⁸

⁵ Misereor, Forum Umwelt und Entwicklung und Erklärung von Bern, 2014, Agrarpoly, Aktualisierte Neuauflage 2014

⁶ Konzernatlas, Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie 2017, Heinrich Böll Stiftung, www.boell.de/konzernatlas

⁷ Ebenda

⁸ i.m.a. Information.medien.agrar.e.V., Informationen zur deutschen Landwirtschaft, Zahlen Daten Fakten, 2015; http://information-medien-agrar.de/webshop/mediafiles/PDF/104-117__info-landwirtschaft.pdf (09.01.2018)

Im Oktober 2014 berichtete der Rheinische Landwirtschaftsverband, dass der Anteil für die Landwirt*innen auf 26 Cent gesunken ist.⁹

Die hohe Produktion und die Agrar-Subventionen, z. B. für den Bau von Ställen, ermöglichen niedrige Preise für Produkte wie Fleisch und Milch. Werden diese Produkte exportiert, z. B. in Länder des Südens, können die lokalen Bauern mit den niedrigen Preisen nicht konkurrieren und verlieren ihre Existenzgrundlage. Die EU (und an ihrer Spitze Deutschland) ist der größte Agrarexporteur weltweit: 2014 führte die EU landwirtschaftliche Güter im Wert von 122 Milliarden Euro aus.

Deutschland exportierte in 2012 landwirtschaftliche Güter im Gesamtwert von 62,9 Mrd. Euro. Davon gingen 11 % in sogenannte „Entwicklungsländer“, 10 % in übrige Länder, 76 % in andere EU-Staaten und 3 % in die USA.¹⁰ Gleichzeitig importierte Deutschland in 2012 landwirtschaftliche Güter für 72,1 Mrd. Euro, davon 68 % aus anderen EUStaaten, 24 % aus sogenannten „Entwicklungsländern“, 3 % aus den USA und 5 % aus übrigen Ländern.¹¹

Seit den 1980er Jahren führte die EU sogenannte „flankierende Maßnahmen“ ein. Sie sollen die Intensivierungsfolgen abmildern und die Ökologisierung der Landwirtschaft fördern.

Sie sind heute in der sogenannten 2. Säule der Agrarpolitik zusammengefasst.

⁹ Land und Forst (2016), Lebensmitteleinkauf: Was bekommt der Landwirt vom Verkaufserlös..., <https://www.agrarheute.com/landundforst/regionen/lebensmitteleinkauf-bekommt-landwirt-verkaufserloes-519806> (08.01.2018)

¹⁰ i.m.a. Information.medien.agrar.e.V., Informationen zur deutschen Landwirtschaft, Zahlen Daten Fakten, 2015; http://information-medien-agrar.de/webshop/mediafiles/PDF/104-117_info-landwirtschaft.pdf (09.01.2018)

¹¹ Ebenda



Nach Berechnungen der FAO könnten die Kalorien, die bei der Umwandlung von pflanzlichen in tierische Kalorien verloren gehen, theoretisch 3,5 Milliarden Menschen ernähren.

1.4 Tierhaltung

In den vergangenen 50 Jahren hat sich die globale Fleischproduktion gut vervierfacht, von 78 Millionen auf 308 Millionen Tonnen pro Jahr.¹² 2014 stieg die Fleischproduktion in Deutschland auf einen Rekordwert von 8,2 Millionen Tonnen an. Der Fleischexport betrug fast 5 Millionen Tonnen. Es wurden 21 % mehr Fleisch produziert als verbraucht. Rund 80 % der in der EU eingesetzten Eiweißfuttermittel werden importiert. Das meiste davon ist Soja und kommt aus Brasilien und Argentinien. In Deutschland werden insgesamt ca. 4,5 Mio. Tonnen Sojaschrot verfüttert.¹³

Die Futtermittelimporte der EU aus Drittstaaten benötigen mehr als das Doppelte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands. Diese Fläche wird den Bauern in den Herkunftsländern, z. B. in Brasilien und Argentinien, entzogen und kann nicht zur einheimischen Nahrungsmittelproduktion verwendet werden. Der Anbau von Sojabohnen erfolgt oft mit genmanipuliertem Saatgut, welches resistent gegen bestimmte Herbizide ist, deren Einsatz dadurch gesteigert wird. Menschen, die in diesen Anbauregionen leben, erleiden häufig Vergiftungen und Erkrankungen; Missbildungen bei Neugeborenen sind keine Seltenheit. Rückstände gelangen über Futtermittel in Milch und Fleisch und letztendlich damit in die Nahrungskette.¹⁴ Nach Berechnungen der FAO könnten die Kalorien, die bei der Umwandlung von pflanzlichen in tierische Kalorien verloren gehen, theoretisch 3,5 Milliarden Menschen ernähren.¹⁵ In bestimmten Regionen der Welt hingegen, wie den semiariden Gebieten Afrikas und Asiens, ist eine angepasste Viehhaltung die Grundlage der Nahrungsmittelproduktion.

¹² Weltagrарbericht, Wege aus der Hungerkrise, 2015, <http://www.weltagrарbericht.de/themen-des-weltagrарberichts/fleisch-und-futtermittel.html> (09.01.2018)

¹³ i.m.a. Information.medien.agrar.e.V., Informationen zur deutschen Landwirtschaft, Zahlen Daten Fakten, 2015; http://information-medien-agrar.de/webshop/mediafiles/PDF/104-117_info-landwirtschaft.pdf (09.01.2018)

¹⁴ Poppinga, Onno „Das Hochpöppeln der Großen muss aufhören!“, Der Agrarwissenschaftler Professor Onno Poppinga über mögliche Reformen der Landwirtschaftspolitik, im Spiegelgespräch am 7.12.1987, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13524983.html> (09.01.2018)

¹⁵ <http://www.weltagrарbericht.de/themen-des-weltagrарberichts/hunger-im-ueberfluss.html> (09.01.2018)

1.5 Die Auswirkungen der Intensivlandwirtschaft

Durch die intensive Tierhaltung fällt in großen Mengen Gülle an, die oft im Übermaß auf landwirtschaftliche Flächen (Grün und Ackerland) ausgebracht wird. Dadurch steigt der Nitratgehalt im Grundwasser und auch die Phosphatbelastung nimmt erheblich zu. In NRW werden in Gebieten mit überwiegend intensiver Landwirtschaft hohe Nitratkonzentrationen gemessen, über 150 Milligramm pro Liter Grundwasser, wie z. B. in den Regionen um Borken, Coesfeld, Steinfurt, Warendorf, Bielefeld, Gütersloh, MindenLübbecke und Paderborn. Regional werden hier in über 50 % der Grundwassermessstellen die Grenzwerte überschritten. Die Nitratkonzentrationen im oberflächennahen Grundwasser erreichen Spitzenwerte bis über 300 Milligramm pro Liter.¹⁶ Die Folgekosten, wie z. B. die Entfernung des Nitrats aus dem Grundwasser, werden bisher von der Gesellschaft über den Trinkwasserpreis bezahlt. Nach dem Verursacherprinzip müssten die landwirtschaftlichen Betriebe diese Kosten tragen. Damit wäre die Produktion der Großbetriebe nicht mehr so kostengünstig.

Die gemeinsame Agrarpolitik der EU hat sich unter anderem Einkommensstabilisierung sowie Klima, Boden, Tier und Wasserschutz zum Ziel gesetzt. Das ist aber nur zu erreichen, wenn sich die intensive und exportorientierte Landwirtschaft zu einer Landwirtschaft entwickelt, die sich auf den europäischen Binnenmarkt konzentriert und eine standortangepasste Landwirtschaft praktiziert. Daher muss das Agrarmodell (Futtermittelimport, intensive Fleischproduktion mit Überschüssen, Fleischexport) in der EU kritisch hinterfragt und ökologisch und sozialverträglich verändert werden. Direktzahlungen an die Landwirte und Landwirtinnen in der EU sollten stärker an die Anzahl der Arbeitsplätze und ökologische Kriterien gebunden sein. Es muss mehr Unterstützung für kleine, nachhaltig wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe bereitgestellt werden. Nicht zukunftsfähig sind Strategien, die auf einen größtmöglichen, kurzfristigen Gewinn ausgerichtet sind und bei denen



Die Nitratkonzentrationen im oberflächennahen Grundwasser erreichen Spitzenwerte bis über 300 Milligramm pro Liter.

¹⁶ Umweltministerium NRW, Grundwasser und Landwirtschaft, <https://www.umwelt.nrw.de/..grundwasser/grundwasserschutz/grundwasser-und-landwirtschaft> (09.01.2018)

die Allgemeinheit den Schaden trägt. Dies führte und führt in Deutschland aber auch weltweit zu Übernutzung, Degradation und Erosion von Böden sowie zur Verschmutzung von Luft und Wasser. Dies erschwert zudem eine nachhaltige globale Ernährungssicherung.¹⁷

1.6 Internationale Landwirtschaft und Ernährungssouveränität

Die Landwirtschaft ist bis heute die wichtigste Erwerbsquelle und der größte Wirtschaftszweig der Welt. 90 % der 525 Mio. landwirtschaftlichen Betriebe weltweit sind kleinbäuerliche Betriebe (< 2 ha) und Existenzgrundlage für 86 % der ländlichen Bevölkerung. Sie tragen substantiell zur Nahrungsmittelproduktion bei: Kleinbäuerliche Betriebe produzieren 80 % der Nahrungsmittel in den Ländern des Südens (in Afrika sogar 90 %). Sie ernähren 65 % der Weltbevölkerung.¹⁸ Kleinbäuerliche Initiativen zum Schutz der Umwelt, wie z. B. reduzierter Pestizideinsatz, verringern die Produktionskosten und den Wasserverbrauch, während sich Ernteerträge und Bodenqualität verbesserten. Die Produktivität pro Fläche und Energieeinsatz ist bei kleinen und diversifizierten Bauernhöfen viel höher als bei Systemen, die vor allem externe Inputs (fossile Energie, chemischer Dünger, HochleistungsSaatgut) nutzen. Als neues Paradigma der Landwirtschaft des 21. Jahrhunderts formuliert der Weltagrarbericht: „Kleinbäuerliche, arbeitsintensivere und die auf Vielfalt ausgerichteten Strukturen sind die Garanten einer sozialwirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Lebensmittelversorgung durch widerstandsfähige Anbau und Verteilungssysteme. Gerade deshalb sind Investitionen in die kleinbäuerliche Produktion das dringendste, sicherste und vielversprechendste Mittel, um Hunger und Fehlernährung zu



Kleinbäuerliche Initiativen zum Schutz der Umwelt, wie z. B. reduzierter Pestizideinsatz, verringern die Produktionskosten und den Wasserverbrauch, während sich Ernteerträge und Bodenqualität verbesserten.

¹⁷ Umweltministerium NRW, 16.4.2015, Grundwasser und Landwirtschaft, <https://www.umwelt.nrw.de/.../grundwasser/grundwasserschutz/grundwasser-und-landwirtschaft> (09.01.2018)

¹⁸ Weltagrarbericht, Wege aus der Hungerkrise, 2015, http://www.weltagrarbericht.de/fileadmin/files/weltagrarbericht/Neuaufgabe/WegeausderHungerkrise_klein.pdf (09.01.2018)

bekämpfen und zugleich die negativen ökologischen Auswirkungen der Landwirtschaft zu minimieren“.¹⁹ Diese Aussage des Weltagrarberichts schließt nicht aus, dass auch große landwirtschaftliche Betriebe effizient und nachhaltig bewirtschaftet werden, wie z. B. große Betriebe, die nach ökologischen und sozialen Richtlinien wirtschaften.

Die Steigerung der globalen Agrarproduktion liegt deutlich über dem Bevölkerungswachstum. Nach unterschiedlichen Schätzungen könnte sie heute 10–14 Milliarden Menschen ernähren, würde sie ausschließlich und effizient als Lebensmittel und nicht als Tierfutter oder industrieller Rohstoff eingesetzt. In 2014 wurden nur 43 % des geernteten Getreides (2.498 Milliarden Tonnen) direkt als Lebensmittel genutzt, 36 % wurden als Tierfutter verwendet und der Rest zu Treibstoff oder anderen Industrieprodukten verarbeitet.²⁰

Ein weiteres (lösbares) Problem ist die hohe Lebensmittelverschwendung. Laut einer BMELV-Studie landen in Deutschland 11 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll. 61 % der Abfälle fallen in Privathaushalten an. Jeder Bürger wirft pro Jahr 81,6 kg Lebensmittel weg.²¹

Trotz der enormen landwirtschaftlichen Produktion leiden knapp 800 Millionen Menschen an Hunger, besonders Frauen, insbesondere in den Ländern südlich der Sahara. Die UN schätzt, dass dort jährlich 8,8 Millionen Menschen an Folgen der Unter- und Fehlernährung sterben. Dazu ein Zitat aus EKD Texte 121, Seite 6:

*Ein weiteres
(lösbares) Problem
ist die hohe Lebens-
mittelverschwendung.*

¹⁹ Evangelische Kirche in Deutschland (2000): Ernährungssicherung und nachhaltige Entwicklung. Eine Studie der Kammer der EKD für Entwicklung und Umwelt, EKD-Texte 67, Hannover; <https://www.ekd.de/22759.htm> (09.01.2018)

²⁰ <http://www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/hunger-im-ueberfluss.html> (09.01.2018)

²¹ BMEL (Hg.), Ermittlung der Mengen weggeworfener Lebensmittel und Hauptursachen für die Entstehung von Lebensmittelabfällen in Deutschland, Zusammenfassung einer Studie der Universität Stuttgart (März 2012) https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ernaehrung/WvL/Studie_Lebensmittelabfaelle_Faktenblatt.pdf?__blob=publicationFile (08.01.2018)

„Hunger ist deshalb kein Schicksal, sondern das Produkt von Politik und Marktversagen. Er kann besiegt werden, wenn es in vielen Bereichen zu einem Umdenken und Umsteuern kommt“.²² Die Hauptursachen für Hunger liegen in den Ländern des Südens, z. B. in einer ungerechten Verteilung von Land. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern haben kaum Zugang zu Bildung und Berufsbildung sowie wichtigen Produktionsfaktoren wie Krediten und Wasser. Krisen und Kriege gehören sicherlich zu den größten Hungertreibern auf dieser Welt. Eine weitere Ursache von Hunger und Mangelernährung ist die geringe politische Aufmerksamkeit in den Ländern des Südens für Agrarpolitik und ländliche Entwicklung. So investieren viele Staaten in den Ländern des Südens relativ wenig (10 % oder weniger) ihres BIP in die Landwirtschaft, wie z. B. für Forschung und Beratung, obwohl Landwirtschaft meistens der Haupteerwerbszweig des Landes ist.



Einheimische Nutzer werden des Landes vertrieben, ohne Entschädigung oder Bereitstellung anderer landwirtschaftlicher Flächen.

Zudem werden aus verschiedensten Gründen (z. B. Einnahme von Devisen) große landwirtschaftlich nutzbare Flächen an Investoren vergeben, die oft Lebensmittel für ihre eigenen Länder oder den Weltmarkt, oder nachwachsende Rohstoffe für Biokraftstoffe produzieren. Einheimische Nutzer des Landes werden vertrieben, ohne Entschädigung oder der Bereitstellung anderer landwirtschaftlicher Flächen.²³

²² Evangelische Kirche in Deutschland (2015): Unser tägliches Brot gib uns heute, Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung, Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung, EKD-Texte 121, Hannover, <https://www.ekd.de/Vorwort-1517.htm> (09.01.2018)

²³ Evangelische Kirche in Deutschland, Deutsche Bischofskonferenz (2003): Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft. Ein Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft, Gemeinsame Texte 18, Hannover/Bonn; https://www.ekd.de/neuorientierung_landwirtschaft1.html (09.01.2018)

1.7 Schlussfolgerungen

Das primäre Ziel einer zukunftsfähigen Landwirtschaft kann nicht ausschließlich darin bestehen, steigende Erträge zu erwirtschaften. Vielmehr muss durch eine angepasste Bewirtschaftung ein optimaler Ertrag bei nachhaltigem Einkommen der Bauern und Bäuerinnen angestrebt werden, z. B. durch den Anbau klimaangepasster Sorten (verringertes Wasserverbrauch) bei gleichzeitigem Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, Artenvielfalt, und Vermeidung von Erosion. Das ist durch standortgerechten Landbau und seine Förderung möglich. Die Tierhaltung muss artgerecht und flächengebunden sein. Um lokale Produzenten zu stärken, muss die Politik regionale Wirtschaftskreisläufe und Dezentralisierungen unterstützen und Zentralisierungsprozessen entgegen wirken. Landwirtschaft hat multifunktionale Aufgaben: sie produziert Lebensmittel sowie eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Gütern. Sie ist zum einen Existenzgrundlage und Einkommen für die Erzeuger*innen, zum anderen trägt sie Verantwortung für ein funktionierendes Ökosystem. Diese Aufgaben müssen entsprechend honoriert werden.

Landwirtschaft hat multifunktionale Aufgaben.

2. ANFORDERUNGEN AN EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT

2.1 Leitgedanken

„Die Erde ist des Herrn (Ps 24.1)“ Als Christinnen und Christen bekennen wir uns zu Gott, dem Schöpfer des Himmels und der Erde. Gott nimmt uns in die Verantwortung, seine Schöpfung zu bebauen und zu bewahren. Die Erde zu nutzen, so dass heute und zukünftige Generationen menschenwürdig leben können, ohne unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Dieser Aufgabe fühlen wir uns verpflichtet. Dazu müssen wir die Vielfalt der Schöpfung achten und erhalten. Ein rücksichtsloses und grenzenloses Ausplündern der Naturressourcen ist mit unserem Glauben nicht vereinbar.²⁴

Als Kirche treten wir für Ernährungssouveränität ein. Alle Gesellschaften und Gemeinschaften, haben das Recht, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik im Rahmen der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) selbst zu bestimmen. Dabei ist es unabdingbar, jegliche Entwicklung vorrangig an den Bedürfnissen der Armen auszurichten und ihre Not zu beseitigen (Option für die Armen).

Auf Grundlage unseres christlichen Glaubens verfolgen wir das Prinzip der Nachhaltigkeit und damit verbunden eine grundlegende Neuorientierung wirtschaftlichen Handelns im Sinne einer Wirtschaft im Dienst des Lebens. Das bedeutet, dass wirtschaftliches Handeln Grenzen respektieren muss und ökologische und soziale (menschenrechtliche) Leitplanken nicht überschreiten darf.



Dabei ist es unabdingbar, jegliche Entwicklung vorrangig an den Bedürfnissen der Armen auszurichten und ihre Not zu beseitigen.

²⁴ Evangelische Kirche in Deutschland, Deutsche Bischofskonferenz (2003): Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft. Ein Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft, Gemeinsame Texte 18, Hannover/Bonn; <http://www.ekd.de/EKD-Texte/44662.html>, EKD und DBK Texte 18

Die EKD und die Deutsche Bischofskonferenz definieren Nachhaltigkeit umfassend. „Das Prinzip der Nachhaltigkeit verknüpft die Ziele einer umwelt- und generationsverträglichen sowie der internationalen Solidarität verpflichteten Lebens- und Wirtschaftsweise.“²⁵

Wirtschaftliches Handeln kann nur dann als langfristig vernünftig betrachtet werden, wenn es sich in die ökologischen Stoffkreisläufe, von denen der Mensch abhängt, einfügt und diese schützt. Im Agrarbereich weist das Prinzip der Nachhaltigkeit zu einer multifunktionalen Landwirtschaft, die Lebensmittelherzeugung, Landschaftspflege und Naturschutz im Rahmen integrierter ökologisch ausgerichteter Konzepte miteinander verbindet. Daran sollten sich sowohl das Berufsbild der Landwirt*innen als auch die Agrarpolitik orientieren“.²⁶

2.2 Konsequenzen für das politische Handeln

Politisches Handeln auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen ist notwendig, um die Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten.

2.2.1 Die Agrarpolitik zukunftsfähig ausrichten

Eine zukunftsfähige Agrarpolitik umfasst eine integrierte Agrar-, Umwelt-, Sozial-, Wirtschafts-, Welternährungs- und Raumordnungspolitik im ländlichen Raum.

Beispiel: Welternährungspolitik

Die Ernährungssouveränität von Drittstaaten – d. h. ihr Recht, ihre eigene Landwirtschafts- und Ernährungspolitik zu verwirklichen – muss respektiert und das Menschenrecht auf Nahrung umgesetzt werden.

Dem Recht auf Nahrung muss bei politischen Entscheidungen Vorrang eingeräumt werden. Subventionen, die Kleinbauern im Süden z. B. durch Billigimporte schaden, müssen überdacht und mittelfristig abgeschafft werden.

²⁵ Ebenda

²⁶ Ebenda, Seite 2

Das Bewusstsein der Verbraucher*innen für den Zusammenhang zwischen gesunder Ernährung, intakter Umwelt und landwirtschaftlicher Produktion muss gefördert werden.

Beispiel: Bildung für nachhaltige Entwicklung

Das Bewusstsein der Verbraucher*innen für den Zusammenhang zwischen gesunder Ernährung, intakter Umwelt und landwirtschaftlicher Produktion muss gefördert werden. Hierzu bedarf es einer gezielten Unterstützung mit bildungspolitischen Maßnahmen. Der einzuleitende Transformationsprozess muss die Kapazitäten der einzelnen Akteure gebührend berücksichtigen.²⁷

2.2.2 Multifunktionalität der Landwirtschaft honorieren

Landwirtschaft produziert mehr als Lebensmittel und Rohstoffe. Agrarpolitik muss der Multifunktionalität der Landwirtschaft und der ländlichen Räume Rechnung tragen. Multifunktionalität kennzeichnet eine Agrikultur, die Lebensmittel für die Verbraucher, Existenzgrundlage und Einkommen für die Erzeuger und eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Gütern für die Bürger und ihre Umwelt samt funktionierendem Ökosystem bereitstellt.²⁸

Öffentliche Zahlungen sollten vorrangig für öffentliche Leistungen erfolgen. Dazu gehören Ziele und Kriterien für den Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutz, sowie der Erhalt und die Schaffung von vollwertigen Arbeitsplätzen entlang landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten, die im ländlichen Raum angesiedelt sind und damit Impulse für eine integrierte ländliche Entwicklung setzen. Bäuerinnen und Bauern müssen für die von ihnen produzierten öffentlichen Güter angemessen honoriert werden.²⁹

²⁷ Evangelische Kirche in Deutschland (2015): Unser tägliches Brot gib uns heute, Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung, Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung, EKD-Texte 121, Hannover: <https://www.ekd.de/Vorwort-1517.htm>

²⁸ Evangelische Kirche in Deutschland (2011): Leitlinien für eine multifunktionale und nachhaltige Landwirtschaft. Zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU, EKD Texte 114, Hannover; <https://www.ekd.de/Vorwort-854.htm> (09.01.2018)

²⁹ Evangelische Kirche in Deutschland (2015): Unser tägliches Brot gib uns heute, Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung, Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung, EKD-Texte 121, Hannover: <https://www.ekd.de/Vorwort-1517.htm> (09.01.2018)

2.2.3 Ressourcenschutz verbessern

Ein wirksamer Ressourcenschutz (Wasser, Boden, Luft, Klima), eine artgerechte und flächengebundene Tierhaltung, die zu einer klimafreundlichen Düngung von Boden und Grünland beiträgt, muss zur allgemeinen Praxis werden. Importfuttermittel müssen reduziert und der Anbau von heimischen Eiweißfutterpflanzen unterstützt und gefördert werden (Eiweißstrategie). Positive Beiträge zum Klimaschutz, Verringerung von energieintensiven externen (fossilen) Betriebsmitteln und die Erhöhung der Kohlenstofffixierung im Boden (Humusbildung) sind als positiver Beitrag zum Klimaschutz zu bewerten und zu honorieren.³⁰



2.2.4 Bäuerliche Landwirtschaft weltweit stärken

Um die Landwirtschaft nachhaltig auszurichten, müssen die kleinen und mittleren Höfe weltweit erhalten werden. Bäuerliche Betriebe, die weniger umweltbelastend produzieren (diversifizierter Anbau, flächengebundene Tierhaltung) und damit natürliche Ressourcen erhalten, müssen für ihre Erzeugnisse höhere Preise bzw. insgesamt ein höheres Einkommen erzielen. Bäuerliche Betriebe, die nach den genannten Kriterien wirtschaften, produzieren mit weniger externen Betriebsmitteln als der kapitalintensive Wachstumsbetrieb. Kleinere bäuerliche Betriebe sind mit ihrer Produktion und Vermarktung zudem stärker lokal und regional orientiert und stärken so die regionale Entwicklung.³¹ Alternative und gemeinschaftliche Formen der Nahrungsmittelproduktion wie die Solidarische Landwirtschaft (SoLawi) und regionale Genossenschaften sind zu fördern.



³⁰ <http://www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/hunger-im-ueberfluss.html> (09.01.2018)

³¹ Was ist nachhaltige Landwirtschaft? GIZ, 2015, <https://www.giz.de/fachexpertise/downloads/giz2015-de-was-ist-nachhal-landw.pdf> (09.01.2018)

3. EMPFEHLUNGEN

In unserer Gesellschaft braucht es eine Auseinandersetzung mit einer „Ethik des Genug“ und ein Konzept für eine „Ökonomie des Genug“ (EKD Texte 121, 2016, Seite 165).³²

Exemplarisch seien einige Handlungsfelder genannt:

- Einsatz für Ernährungssicherheit: „Unser tägliches Brot gib uns heute“
- Option für die Armen: „Was ihr einem dieser meiner geringsten Brüder getan habt ...“
- Einsatz für das Recht auf Nahrung: „Der Herr schafft den Armen Recht“
- Das kirchliche Engagement für eine ökologisch-/soziale Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU ab 2020 und der nationalen Agrarpolitik verstärken
- Das landespolitische Engagement im Bereich der Landwirtschaftspolitik verstärken, den Diskurs mit Landwirtschaftsverbänden, Umwelt- und Entwicklungsverbänden über eine nachhaltige Landwirtschaft initiieren, fördern und ausbauen.

Daraus ergeben sich folgende Empfehlungen für Kirchengemeinden, Institute und Ämter der EKvW:

- Akademie-Diskurse zum Themenfeld „Landwirtschaft der Zukunft“ mit Politik, Landwirtschaft und Umwelt- und Entwicklungsverbänden
- Projekte mit Kirchengemeinden und Kommunen zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume

³² Evangelische Kirche in Deutschland (2015): Unser tägliches Brot gib uns heute, Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung, Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung, EKD-Texte 121, Hannover: S. 165.
http://www.ekd.de/download/ekd_texte_121.pdf

- Pilotprojekte zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung (mit Einrichtungen des Diakonischen Werks)
- Akademie-Diskurse zur „Ethik des Genug“
- Bildungsarbeit und Veranstaltungen zu Themen wie z. B. gesunde Ernährung, Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, Fairer Handel/Einkaufen Welternährung, Klimagerechtigkeit, UN-Nachhaltigkeitsziele/Agenda 2030
- Runde Tische „Kirche und Landwirtschaft“
- Die eigenen Küchen in kirchlichen Einrichtungen verstärkt mit regionalen und öko-logischen Produkten versorgen
- Die Versorgung der Landessynode und der eigenen Gremien mit regionalen und biologischen Produkten intensivieren
- Bei Gemeindefesten und Sitzungen auf regionale und öko-logische Verpflegung achten
- Alternative und gemeinschaftliche Formen der Nahrungsmittelproduktion wie die Solidarische Landwirtschaft (SoLawi) und regionale Genossenschaften unterstützen und in die kirchliche Bildungsarbeit einbeziehen
- In Gottesdiensten, in der kirchlichen Bildungsarbeit und in der Konfirmandenarbeit die Situation der Landwirt*innen, der Landwirtschaft, die Fragen der Welternährung und der Artenvielfalt thematisieren
- Umweltgerechte Bewirtschaftung kirchlicher Land- und Grünflächen und Friedhöfe erarbeiten
- Verpachtung von Kirchenland vermitteln: Fortbildung von Liegenschaftsverantwortlichen, Presbyterien, Kirchmeistern etc.
- Fastenzeit, Erntedank und Schöpfungszeit für die Thematisierung der Herausforderungen an eine nachhaltige Landwirtschaft nutzen
- Den Dialog mit Landwirt*innen und politisch Verantwortlichen vor Ort suchen: Hofbesuche organisieren
- In der gemeindlichen und kreiskirchlichen Partnerschaftsarbeit das Thema „Landwirtschaft und Welternährung“ aufnehmen.

LITERATURVERZEICHNIS



Evangelische Kirche in Deutschland (2000): Ernährungssicherung und nachhaltige Entwicklung. Eine Studie der Kammer der EKD für Entwicklung und Umwelt, EKD-Texte 67, Hannover

Evangelische Kirche in Deutschland (2015): Unser tägliches Brot gib uns heute, Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung, Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung, EKD-Texte 121

Evangelische Kirche in Deutschland, Deutsche Bischofskonferenz (2003): Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft. Ein Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft, Gemeinsame Texte 18, Hannover/Bonn

Evangelische Kirche in Deutschland (2011): Leitlinien für eine multifunktionale und nachhaltige Landwirtschaft. Zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU, EKD Texte 114, Hannover

BMEL (Hg.), Ermittlung der Mengen weggeworfener Lebensmittel und Hauptursachen für die Entstehung von Lebensmittelabfällen in Deutschland, Zusammenfassung einer Studie der Universität Stuttgart (März 2012)

Hofreiter, Markus. F.& Franz Sinabell (1994): Zielsetzungen für eine nachhaltige Landwirtschaft, Umweltbundesamt, Wien

i.m.a. Information.medien.agrar e.V. 2015, Informationen zur deutschen Landwirtschaft, Zahlen, Daten, Fakten, vorliegende Broschüre basiert auf dem Situationsbericht 2013/14 des Deutschen Bauernverbandes (DBV)

Institut für Kirche und Gesellschaft, Kriterien für die Verpachtung von Kirchenland in der Evangelischen Kirche von Westfalen. Eine Handreichung, Schwerte 2017

Konzernatlas Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie 2017, Heinrich Böll Stiftung, Rosa Luxemburg Stiftung, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Oxfam Deutschland,

Land und Forst (2016), Lebensmitteleinkauf: Was bekommt der Landwirt vom Verkaufserlös...

Misereor, Forum Umwelt und Entwicklung und Erklärung von Bern, 2014, Agrarpoly, Aktualisierte Neuauflage 2014

Poppinga, Onno: „Das Hochpäppeln der Großen muss aufhören“, Der Agrarwissenschaftler Professor Onno Poppinga über mögliche Reformen der Landwirtschaftspolitik, im Spiegelgespräch am 07.12. 1987,

Was ist nachhaltige Landwirtschaft? GIZ, 2015

Weltagrarbericht, Wege aus der Hungerkrise, 2015

Institut für Kirche und Gesellschaft
Evangelische Kirche von Westfalen



In Kooperation mit dem
Amt für Mission, Ökumene
und kirchliche Weltverantwortung
Evangelische Kirche von Westfalen



Mit freundlicher Unterstützung der



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

 möwe

www.kircheundgesellschaft.de